

Volkssolidarität in Mitte:

## Miteinander – füreinander



Foto: VS/Zeidler

Die Volkssolidarität ist vielfältig aktiv – auch Kindertagesstätten werden betrieben

**E**s geht ein Gespenst um – das Gespenst der Finanz- und Wirtschaftskrise. Gepaart mit einer unerträglichen Sozialpolitik wächst die Furcht der Menschen vor allem in den östlichen Bundesländern – aber nicht nur dort: Altersarmut, Hartz IV, Rentenungleichheit, sozialer Abstieg, Bildungsnotstand, Perspektivlosigkeit für Kinder und Jugendliche, zwei-Klassen-Gesundheitswesen. Während die Politik buchstäblich über Nacht Milliardenhilfen für Banken und Großkonzerne aus dem Boden stampfte, kamen für soziale Belange kaum ein paar Tropfen. Karl Marx lässt grüßen.

Der größte Sozial- und Wohlfahrtsverband in den östlichen Bundesländern wurde 1945 in Dresden gegründet. Somit ist die Volkssolidarität in diesem Jahr 64 Jahre alt. Sie widmete sich in den ersten Jahren ihrer Existenz vor allem den Kindern, die an den Folgen des faschistischen Krieges am meisten zu leiden hatten. Später, in der DDR, galt die besondere Aufmerksamkeit den älteren Bürgern.

Es galt, ihnen, die an der Überwindung der Kriegsfolgen den wesentlichen Anteil hatten, Fürsorge und Geborgenheit zu geben.

Der Verband wirkt auf antifaschistischer Grundlage für Frieden und gegen Sozialabbau. Hierbei wird an Traditionen der Arbeiterbewegung in den 20er und 30er Jahren angeknüpft. Bereits damals wurde viel unternommen, um sozial Benachteiligten und politisch Verfolgten den Möglichkeiten entsprechend materiell zu helfen und vor allem das Gefühl zu geben, nicht allein zu sein.

Nach 1990 erweiterte sich das Spektrum der Arbeit der Volkssolidarität erheblich. Es galt und gilt, der sozialen Kälte etwas entgegen zu setzen. Der Verband organisiert Aktivitäten gegen die Rentenungleichheit bzw. die Rente mit 67. Fast 20 Jahre nach dem Anschluss der DDR ist die soziale Vereinigung immer noch nicht vollendet: Der Rentenwert Ost liegt um 12,1 Prozent niedriger als in den alten Bundesländern.

Ausgehend von den zentralen Leitlinien ist der Verband natürlich »vor Ort« aktiv. In un-

serem Stadtbezirk sind 250 ehrenamtliche Helfer mit großem Engagement täglich dabei, die verschiedensten Veranstaltungen zu organisieren. Da werden gesellige Treffen bei Kaffee und Kuchen, Bastelnachmittage, Skatturniere, Weihnachtsfeiern aber auch Gesprächsrunden zu aktuellen politischen Fragen sowie Beratungen zur Gesundheit, Mietproblemen oder Versicherungen organisiert. Die Aufzählung ließe sich noch beliebig weiterführen: Besuchsdienst bei pflegebedürftigen Menschen, Waldspaziergänge mit Kindern, Keramikurse, Hausaufgabenhilfen und, und, und... Die Freizeit- und Begegnungsstätte Torstraße 203 ist täglich ausgebucht. Jeder ist willkommen – ob Mitglied oder nicht. Die Ortsgruppen füllen ABC-Schützen aus bedürftigen Familien zum Schulbeginn den Ranzen mit einer Erstausrüstung. Es gibt Zuschüsse für bedürftige Kinder, damit diese in Ferienlager der Volkssolidarität fahren können.

Die Aktivitäten finden zumeist in den Klubs der Volkssolidarität statt, mitunter aber auch »open air« – zum Beispiel beim Waldstraßenfest oder im Sprengelkiez.

Eine umfangreiche Arbeit leisten auch die Sozialdienste der Volkssolidarität, die Kindertagesstätte »Pelikan« in der Friedrichstraße und der Reiseklub des Verbandes. Großer Beliebtheit erfreut sich auch der fahrbare Mittagstisch. Diese Leistungen können verständlicherweise nur gegen einen Kostenbeitrag angeboten werden.

In Mitte gehören 2250 Personen in 19 Ortsgruppen dem Verband als Mitglieder an. Im Kindergarten und in der Pflagestation gibt es eigene Mitgliedsgruppen.

Die finanziellen Mittel der Volkssolidarität sind begrenzt. Der Verband finanziert sich in erster Linie aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Eine Aktivität in diesem Zusammenhang steht im März bevor – die alljährliche Haus- und Straßensammlung. Diese Sammlung erbrachte in den vergangenen Jahren in Mitte jeweils etwa 35000 Euro, die Hälfte davon verbleibt in den Ortsgruppen.

**Denis Ruh**

Am 20. Januar dieses Jahres wurde der Sozialreport 2008 durch die Volkssolidarität vorgestellt. Er ist unter [www.volkssolidaritaet.de](http://www.volkssolidaritaet.de) zu finden.

## Das nächste Basistreffen

findet am **Mittwoch, 25. Februar 2009, 19.00 Uhr** im BVV-Saal, Parochialstraße 1-3, U-Bahnhof Klosterstraße statt.

Thema: **Inhaltliche Schwerpunkte für die Wahlen zum Europaparlament**

Gast **Kadriye Karci** Mitglied des Bezirksvorstandes

## DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin  
Tel.: 030 / 24009-336, Fax -337  
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,  
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

**D**ie Bezirksverordneten können auch anders – das bewiesen sie mit der kurzen und über weite Strecken effizienten Januarsitzung. Ob hier die guten Vorsätze aus der Sylvesternacht wirken? Wie heißt es, »die Hoffnung stirbt zuletzt« und ich hoffe noch.

Vor allem zwei Aufgaben löste diese BVV. Sie wählte erstens einen neuen Stadtrat für das seit dem Rücktritt von Frau Scheffler (Grüne) im Dezember unbesetzte Ressort Soziales und Bürgerdienste. Die Grünenfraktion hatte mit Stephan von Dassel einen Kandidaten gestellt, der den Verordneten als langjähriges Mitglied der BVV Mitte gut bekannt ist. 31 Ja-Stimmen, bei 12 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen, brachten ihn ins Amt. Es ist uns und ihm zu wünschen, dass er mit der ihm eigenen Verve und Beharrlichkeit schnell die noch fehlende Fachkenntnis und Leitungserfahrung wettmacht.

Zum Zweiten stand die Beschäftigung mit dem Notruf-Brief der Schulleiter im Bezirk Mitte im Focus. Die Verordneten sahen sich zum ersten Mal in dieser Runde nach Bekanntwerden des Briefes. Der Notruf oder wie Zeitungen titelten »Brandbrief« hatte Wellen bis ins Bundesministerium – na klar, in Deutschland sind Wahlen – geschlagen und forderte auch die Stellungnahme der BVV heraus. Die »Brandrede« gegen den Rot-Roten-Senat, den ein CDU-Verordneter meinte halten zu müssen, blieb in bemerkenswerter Weise selbst in den eigenen Reihen ohne Beifall. Vermeintliche Wahlkampfreden bringen den Schulen eben rein gar nichts.

Die einheitliche Aktion aller Schulleiter von Mitte verdeutlicht den Ernst der Lage. Neu ist sie nicht. DIE LINKEN haben die Diskussion darüber mit ihrem Projekt Gemeinschafts-



Bericht aus der BVV  
Von Elke Reuter

## Neues Jahr – neue Vorsätze?

schule in die Öffentlichkeit der Stadt gebracht. Kinder und Jugendliche in diesen Kiezen erhalten keine gleichen Bildungs- und Berufschancen mehr und werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Hier ist nicht von kleinen Bevölkerungsgruppen die Rede, sondern von der Dimension einer Großstadt. Alle bisherigen Schritte und Maßnahmen im Bereich von differenzierter Mittel-, Lehrer- und Sozialarbeiterzumessung haben den Abwärtstrend in den Schulen von Tiergarten und Wedding nicht aufhalten oder umkehren können. Noch ein wenig nachzubessern oder draufzulegen, wird die Lösung nicht bringen. Ein »großer Wurf«, ein neues Herangehen ist notwendig – vielleicht auch möglich, denn die Wellen, die dieser Brief auslöste, bieten eine Chance dazu. Ich fand, dass die ersten konzeptionellen Vorschläge des Bezirksamtes – Mitte will Modellbezirk für die Schulstrukturreform werden – in die richtige Richtung weisen. Alle müssen an »einen Tisch«: Senatsverwaltungen und Bezirk, Lehrer und Eltern, Politiker, zivilgesellschaftliche Gremien, wissenschaftliche Einrichtungen und die Wirtschaft. Von dieser Idee war auch ein Dringlichkeitsantrag

der LINKEN geleitet, der schnellstmöglich die Einrichtung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe forderte, die diese Prozesse initiieren, bündeln und politisch begleiten soll. Die BVV griff diesen Gedanken auf und beschloss fraktionsübergreifend, einen Sonderausschuss »Moderne Schulen in Mitte« zu bilden.

### Ergebnisse der BVV-Sitzung

## Anfragen u.a.

■ **Wie bewertet das Bezirksamt** die Durchführung der 1. Fashion Week hinsichtlich der Vereinbarkeit von würdigem Gedenken an die Bücherverbrennung von 1933 durch Nationalsozialisten und Durchführung einer solchen Großveranstaltung? Welche Maßnahmen wird das Bezirksamt ergreifen, damit während der Fashion Week das Mahnmal ungehindert besichtigt werden kann und die Besucher der Stadt in Würde der Bücherverbrennung gedenken können? Wurde der das Denkmal schaffende Künstler in die Vorbereitung der Veranstaltung einbezogen? (DIE LINKEN) 1122/III

■ **Wie bewertet das Bezirksamt** die bisherigen Ergebnisse der Tätigkeit der AG Alex und wie schätzt es seinen Anteil am Gelingen des Vorhabens ein? Wie schätzt es die Aussichten ein, kurz- oder mittelfristig eine Lösung für die seit Längerem geforderte »Basisversorgung« (kostenfreies WC, ausreichend Müllbehälter und Sitzmöglichkeiten) auf dem Alex zu finden und welche Schritte hat es hierfür eingeleitet? Wie sieht es seine Rolle zwischen den Interessen der Alex-AG und der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und welche Ziele verfolgt das Bezirksamt in Bezug auf den Alexanderplatz? (DIE LINKEN) 1104/III

## Beschlossen u.a.

■ **Die Bezirksverordnetenversammlung** Mitte von Berlin richtet einen Sonderausschuss »Moderne Schulen in Mitte« gemäß § 9 BzVwG ein. Der Aufgabenbereich umfasst die Zusammenstellung und Begleitung der Maßnahmen, die im Bezirk Mitte im Rahmen des Konjunkturprogramms der Bundesregierung realisiert werden sollen, die Erarbeitung von Zukunftsmodellen für die Schulen in den sozial schwierigen Stadtteilen des Bezirks Mitte, die Erarbeitung von Konzepten zur verstärkten Kooperation von Angeboten der Abteilungen Jugend, Kultur, Soziales und Schule sowie die Analyse der im Brief der AG der Schulleiter/innen Berlin-Mitte vom Dezember 2008 genannten Problemfelder, die Entwicklung von Lösungsansätzen und der Aufstellung eines Zeitplans zur Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen. (Alle Fraktionen, Graue) 1128/III

### Blick aus dem Amt:

## Ein Jahr im Amt

Seit einem Jahr arbeite ich als Jugendstadtrat für die Interessen von Kindern, Jugendlichen und Familien. Und als Finanzstadtrat bin ich seither täglich mit den Möglichkeiten und Grenzen eines Bezirkshaushalts konfrontiert. Es war ein spannendes und erfolgreiches Jahr. Nicht nur dass die BVV im Dezember den 2. Ergänzungsplan beschlossen hat. Es ist auch gelungen, die großen Spannungen aus den Haushaltsberatungen des Jahres 2007 wieder zu glätten und gemeinsame Lösungen zu finden.

Die Notlage von Kindern, Jugendlichen und Familien war das wichtigste Thema für mich. »Jedem Kind die besten Chancen – Strategien gegen Armut in dieser Stadt« ist die gemeinsame Leitlinie unserer BVV-Fraktion mit unseren GenossInnen im Abgeordnetenhaus.

Nicht zu erwarten, aber umso glücklicher war der gemeinsame Erfolg über 100 neue

SozialarbeiterInnen für den Kinderschutz. In Mitte sind jetzt alle offenen Stellen im Jugendamt für den Schutz von Kindern und Ju-



Foto: Ulli Winkler

gendlichen besetzt. 2009 werden wir eine neu gebaute Jugendfreizeitanlage in Moabit einweihen und den neugestalteten Nauener Platz Weddingern Kindern und Familien übergeben. Jetzt wird es darauf ankommen, die dringend notwendigen Reformen in den Schulen auch mit den Angeboten und Möglichkeiten der Jugendhilfe zu begleiten.

### Rainer-Maria Fritsch

Bezirksstadtrat für Jugend und Finanzen

# Argumente für den gemeinsamen Ethikunterricht in Berlin

## 1. Angesichts der kulturellen Vielfalt in Berlin Gemeinsamkeit erfahren, Toleranz und Respekt einüben!

An Berlins Schulen lernen Schülerinnen und Schüler aus vielen Nationen und Kulturen und mit unterschiedlichsten Glaubensvorstellungen und Weltanschauungen. Angesichts dieser Vielfalt ist es eine wichtige Aufgabe der Schule gegenseitiges Verständnis, Toleranz und Respekt zu fördern. Das gelingt besonders gut, wenn die Schülerinnen und Schüler über grundlegende Fragen der Ethik, ihrer Herkunftskulturen und ihrer Lebensgestaltung miteinander ins Gespräch kommen und so gegenseitiges Verständnis entwickeln können.

## 2. Gemeinsamer Ethikunterricht fördert einen Wertekonsens in unserer Gesellschaft!

Bei den vielfältigen Wertvorstellungen in unserer Gesellschaft, die unterschiedlichste kulturelle, religiöse und weltanschaulich Wurzeln haben, ist es wichtig, dass sich alle Schülerinnen und Schüler in einem gemeinsamen Ethikunterricht mit den für unsere Gesellschaft zentralen Grundwerten wie Freiheit, Gleichheit, Ge-

rechtigkeit, Solidarität, Toleranz und Verantwortung beschäftigen. Das beugt fundamentalistischen Tendenzen bei Jugendlichen vor, fördert gewaltfreie Konfliktlösungen und unterstützt den Wertekonsens in unserer Gesellschaft.

## 3. Ethische Allgemeinbildung ist für alle Schülerinnen und Schüler wichtig!

Grundkenntnisse der Philosophie, weltanschaulicher und religiöser Ethik sowie über verschiedene Kulturen, Lebensweisen, die großen Weltreligionen und über Fragen der Lebensgestaltung, wie sie das Schulgesetz für den Ethikunterricht vorsieht, sind für alle Schülerinnen und Schüler der Berliner Schule unverzichtbar und dies unabhängig davon, ob sie darüber hinaus einen christlichen (evangelischen, katholischen, orthodoxen), islamischen (sunnitischen, schiitischen, alevitischen) jüdischen oder buddhistischen Religionsunterricht bzw. das weltanschauliche Fach Humanistische Lebenskunde besuchen.

## 4. Gemeinsamer Ethikunterricht fördert die Freiheit individueller Orientierung!

Durch eine gemeinsame ethische Grundbildung und einen im Unterricht praktizierten Dialog wird bei den Schülerinnen und Schülern verschiedener kultureller, weltanschaulicher oder religiöser Herkunft die Freiheit gefördert, sich selbstbestimmt im Leben zu orientieren und sich für eine bestimmte Religion, Konfession oder Weltanschauung oder auch keine davon zu entscheiden. Eine Parallele gibt es im Bereich der politischen Bildung. Sie zielt auf die Förderung allgemeiner demokratischer Handlungskompetenz, jedoch nicht auf die Bindung an bestimmte Parteien.

## 5. Religions- und Weltanschauungsunterricht soll in Berlin weiterhin frei wählbar bleiben!

Die Berliner Schule bietet wie bisher über den gemeinsamen Ethikunterricht der Klassen 7-10 hinaus weiterhin die seit 1948 bewährte Möglichkeit, von der 1. Klasse an freiwillige Unterrichtsangebote von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zu wählen. Derzeit gibt es in Berlin evangelischen, katholischen, orthodoxen, sunnitisch-schiitischen, alevitischen, jüdischen und buddhistischen Religionsunterricht und das Fach Humanistische Lebenskunde.

In den Grundschulen nehmen ca. zwei Drittel aller Schülerinnen und Schüler an einem dieser Unterrichtsangebote teil, wobei das Land Berlin bis zu 90 Prozent der Personalkosten trägt. Was zu einzelnen Religionen und Weltanschauungen für die Allgemeinbildung, also für alle Schülerinnen und Schüler wichtig ist, soll seinen Platz im Ethikunterricht und anderen allgemeinbildenden Fächern wie Geschichte, Kunst und Geographie haben.

## 6. Punktuelle Kooperation zwischen gemeinsamem Ethikunterricht und bekenntnisgebundenem Unterricht ist sinnvoll und möglich!

Das Schulgesetz sieht vor, dass einzelne Themenbereiche des Ethikunterrichts in Kooperation mit Trägern des Religions- und Weltanschauungsunterrichts gestaltet werden können. Dies schafft die Möglichkeit, dass Schülerinnen und Schüler der 7. bis 10. Klassen im Unterricht auch authentischen und sachkundigen Vertretern der Bekenntnisgemeinschaften begegnen und mit ihnen zu ausgewählten Themen ins Gespräch kommen können. Im Sinne der Förderung interkultureller Kompetenz und des gegenseitigen Respekts bietet die Kooperationsregelung auch die Chance zu Exkursionen in Kirchen, Moscheen, Synagogen und buddhistische Tempel, die die Schülerinnen und Schüler normalerweise nicht besuchen. Das Berliner Modell eines allgemeinbildenden Ethikunterrichts und frei wählbarer Angebote von Religions- bzw. Weltanschauungsunterricht entspricht den Bildungsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen und den Erfordernissen des friedlichen Zusammenlebens in unserer multikulturellen Metropole.

### Sprechzeiten im Fraktionsbüro

#### Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte von Berlin

Montag 16.30 – 17.30 Uhr und am 3. Mittwoch von 10–11.30 Uhr im Neuen Stadthaus, Parochialstr. 1-3, 10178 Berlin, Raum 323, Telefon: 200 92 45 65

### Guter Rat für Bürger!

#### Sozial- und Mieterberatung der Fraktion DIE LINKE in der BVV und des Bezirksvorstandes mit Rechtsanwalt André Roesener.

An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17 bis 19 Uhr in der »Betroffenenvertretung Rosenthaler Vorstadt«, Strelitzer Str. 4, 10115 Berlin

#### Achtung!

Die 2. Beratung des Rechtsanwalts findet ab sofort am letzten Mittwoch jeden Monats von 17 bis 19 Uhr im Rathaus Tiergarten, Mathilde-Jacob-Platz 1, Raum 505 – 5. Etage – statt.

DIE LINKE Berlin Mitte



**Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) wird das deutsche Rentensystem zu massenhafter Altersarmut führen. Besonders Geringverdienende sind davon betroffen.**

## Bei anderen gelesen

## Der Alexanderplatz im Wandel der Zeiten

Es wurde immer wieder versucht, aus dem Alexanderplatz einen Weltstadtplatz zu machen. Vom Anfang: Vieh, Militär und Barrikadenkämpfe über – Großstadtplatz im kaiserlichen Berlin – Großstadtplatz zum Weltstadtplatz bis zur ungeschriebenen Zukunft: Mauern fallen, Türme wachsen. Letztendlich ist der Alex ein Platz mit Bettlern und Skatnern, Würstchenverkäufern und Pendlern, Touristen und Spaziergängern. Der Alex ist einer der wichtigsten Berliner Erinnerungsorte. »...teurer Alexanderplatz, wie haben sie dir zugerichtet.«

»Berliner Abendblatt«, 27.12.2008

## Gegen die Angst

In Moabit sind seit dem 18. Dezember an den Türen von 20 Geschäften Schilder mit dem Logo: »Notdienst, wo wir sind, bist Du sicher« zu sehen. Die Geschäfte liegen entlang der üblichen Wege zu den Grundschulen. Das Notinsel-Schild soll den Kindern signalisieren, dass sie diese Läden auch betreten dürfen, wenn sie gar nicht kaufen wollen, sondern Angst oder zumindest ein ungutes Gefühl haben. Im Bezirk Mitte gibt es bisher vier solcher Gebiete.

»Berliner Abendblatt«, 10.1.2009

## Der Bezirk Mitte hat sich stark verändert

Das, was den Bezirk ausmacht, verschwindet langsam. Die Kreativen, die Künstler und Barbetreiber, Leute mit Ideen aus allen möglichen Ländern, die Mitte nach vorn gebracht haben, werden nach und nach verdrängt. Die Mieten steigen, immer mehr Reiche kommen, die das einstige Mitte-Feeling zerstören. Von dieser Entwicklung wird der Wedding profitieren. Im Bereich der Bernauer Straße entwickelt sich schon eine neue kreative Szene.

»Berliner Woche«, 31.12.2008

## Das Palais mit den goldenen Gittern

Das Ephraimpalais: Das schönste Berliner Privathaus aus dem 18. Jahrhundert am Rande des Nikolaiviertels, direkt an der Mühlendammbrücke in Mitte, ist eines der bedeutenden Zeugnisse der Geschichte Berlins. Seine üppig geformten goldenen Gitter ziehen die Blicke wie magisch an. Seine Baugeschichte schließt Einsturz, Abrisse, Ortsveränderung und viermaligen Aufbau sowie Um- und Erweiterungsbauten im Laufe der Jahrhunderte ein. Erst 1987 erstrahlte das Haus nach dreijähriger Bauzeit in alter Schönheit wieder und ist heute ein Museum der Stiftung Stadtmuseum Berlin.

»Neues Deutschland«, 5.1.2009

# Hilfe im »Panorama Nord«

## Frische Farbe im Obdachlosenheim



Foto: Treberhilfe Berlin

## Gute Aussichten – die Treberhilfe will Betroffenen Selbstverantwortung zurückgeben

### Geht es um einen spannenden Ausblick? Gar nicht so weit gefehlt ...

Mitten in der Gartenkolonie »Nordkap« im Wedding liegt »Panorama Nord«, eine Einrichtung der Treberhilfe Berlin. Wer dort Aussichten – im anderen Sinne des Wortes – sucht, hat Gründe, nämlich sozial schwere. In dem siebenstöckigen Haus in der Osloer Straße 80 können sich Familien und Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder, Alleinstehende, die obdachlos oder davon bedroht sind, einfinden. Die Aufnahme erfolgt auf der Grundlage des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes.

Was soll dort erreicht werden? Die Treberhilfe will den Betroffenen ihre Selbstverantwortung und Selbständigkeit zurückgeben und Verständnis wecken, Verständnis für die eigene, aktuelle Wohnungslosigkeit. Aber die Hilfesuchenden sollen auch Aktivität entwickeln lernen, um aus ihrer Situation wieder herauszufinden.

### Rundum fachliche Betreuung

Gemeinsam mit Fachkräften der Sozialarbeit wird nicht nur der akute Hilfebedarf geklärt, sondern werden auch konkrete Schritte für die Wohnungssuche und die Klärung der finanziellen Situation erarbeitet, um damit im Zusammenhang Arbeits- bzw. Zuverdienstmöglichkeiten zu finden.

Nicht jedermanns Sache sind Behördengänge. Darum unterstützt die Einrichtung beim richtigen Umgang mit Ämtern und Behörden. Hilflosigkeit überwinden heißt aber auch, selbständig zu sein und zu werden, zum Beispiel im Haushalt.

Das alles soll nicht nur Tage und Wochen helfen, sondern eine längerfristige Perspektive für die Hilfesuchenden entwickeln, damit

sie sich aus ihrer aktuellen Situation »freischwimmen« können.

### Was bietet das Haus?

Das »Panorama Nord« hat sieben Etagen. Auf sechs Etagen gibt es je acht Appartements, in denen jeweils zwei Personen Platz finden. Das Erdgeschoss ist gehbehindertengerecht ausgebaut. Jedes Appartement mit 29 Quadratmetern hat einen Wohnraum mit Küche und Bad sowie einen Balkon. In einem so genannten Brandzimmer können zusätzlich im Notfall, wie zum Beispiel bei einem Feuer, Betroffene untergebracht werden.

Mit kostenloser Benutzung von Waschmaschinen und Trocknern, einem Gemeinschaftsraum mit Freizeitangeboten und Internetzugang, Fahrradkeller und Werkstatt bietet das »Panorama Nord« einen wirklichen Ausblick auf eine sozial bessere Zukunft.

Die Treberhilfe Berlin betreibt das Haus seit dem 1. Februar 2008. Das Gebäude wurde innerhalb von 8 Monaten saniert und komplett renoviert.

### Matthias Thiel

Nach Presseinformationen der Treberhilfe Berlin.

### DIE LINKE Berlin-Mitte im Netz

[www.die-linke-berlin-mitte.de](http://www.die-linke-berlin-mitte.de)

Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »MittendrIn« zum Herunterladen.

### Linksfraktion der BVV im Internet

[www.linksfraktion-berlin-mitte.de](http://www.linksfraktion-berlin-mitte.de)

Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neuesten Stand.

Menschen in Mitte

## Christopher Janes: Thüringer verkauft Würste aus Brandenburg



Foto: Herold

»Wir gehören zum Stadtbild.«

**E**in waschechter Thüringer verkauft seit über drei Jahren auf dem Alexanderplatz weithin duftende Bratwürste. »Keine original Thüringer«, betont Christopher Janes, »unsere aus Neuenhagen bei Berlin aber schmecken genauso lecker«. Der 25-Jährige arbeitet für das Imbiss-Unternehmen »Grillwalker« – auf Deutsch »Laufender Bratwurstverkäufer«. Ihm und seinen Kollegen begegnen wir täglich auf dem Alex. »Irgendwie gehören wir schon zum Stadtbild«, sagt der gebürtige Geraer mit etwas Stolz.

Im Herbst 2005 war der junge Mann auf gut Glück nach Berlin gegangen. »Mich zog es in die Hauptstadt, meine Tätigkeit als Verkäufer in einem Baumarkt befriedigte mich nicht mehr, ich wollte unter Menschen aus aller Welt«. Per Internet suchte er hier Arbeit und stieß auf das Angebot von »Grillwalker«.

Vor 13 Jahren war das Unternehmen in Berlin von Bertram Rohloff ins Leben gerufen worden. Die Schmuckhändler mit ihren Bauchläden hatten ihn auf die Idee gebracht: Warum kann man nicht auch Würstchen auf einem mobilen Grill verkaufen? Die Anforderungen waren klar: leicht und tragbar, hygienisch und sichtbar sauber, praktisch in der Handhabung. Rohloff entwarf einen

tragbaren 15,5 kg schweren Gasgrill, der vor dem Bauch getragen wird. Die Gasflasche hat der Verkäufer auf dem Rücken und Nachschub in einem Vorratsbehälter zwischen Bauch und Grill.

»Wir arbeiten im Team von zwei Leuten, die sich im Tragen abwechseln«, erklärt Christopher Janes. »Eine ganz spezielle Vorrichtung sichert uns und das uns umgebende Publikum vor einem Notfall der Gasanlage«. Der Erfinder hat seine Weltneuheit »Grillwalker« patentamtlich schützen lassen. Heute trifft man die Bratwurst-Bauchläden auch schon in anderen Städten Deutschlands, genau so wie in Österreich, der Schweiz und in weiteren europäischen Ländern. Mit Hilfe dieses bewährten funktionierenden Geschäftskonzeptes haben sich viele Leute eine Existenz schaffen können.

Christopher Janes hat einen unbegrenzten Arbeitsvertrag mit Bertram Rohloff vereinbart. »Ich stehe wöchentlich rund 40 Stunden auf dem Alex, verkaufe im Durchschnitt 300 Bratwürste an einem Tag und kann

### Weltneuheit »Grillwalker« made in Berlin

von 1200 Euro brutto ganz gut leben.« Dass er im Herzen der Hauptstadt wirkt, mitten im Leben, macht ihn sehr zufrieden. »Ich verkaufe ja nicht nur Würste und stelle damit hungrige Passanten zufrieden«, unterstreicht er, »ich bin oftmals ja auch Fremdenführer für Touristen, Fotomodell für Besucher. Irgendwie werden wir vom Publikum als originell, witzig und innovativ empfunden«.

Auf alle Fälle sind die »Grillwalker« in ihren orange-blauen Uniformen und Mützen ein zusätzlicher Farbtupfer in der Mitte Berlins. »Inzwischen haben wir aber auch Konkurrenz bekommen«, bedauert der Wahlberliner, wie er sich selbst bezeichnet. »Unter anderen Firmennamen will man uns direkt vor der Nase Kunden wegholen. Auch nicht schlecht«, betont er, »dann müssen wir uns eben noch mehr Mühe geben, noch freundlicher und aufmerksamer zu den Alexbesuchern sein. Ich jedenfalls lasse mich von hier nicht verdrängen«.

**Matthias Herold**

Kurznachrichten aus Mitte

### Besucherzahl erhöhte sich

Die Gedenkstätte Topographie des Terrors an der Niederkirchnerstraße zählte voriges Jahr etwa 520.000 Besucher, im Jahr davor waren es 490.000. Im Frühsommer kamen die Gäste vor allem aus Holland und Großbritannien, später im Jahr bekundeten vor allem Italiener und Spanier das größte Interesse. Der Anteil von Ausländern lag bei rund 74 Prozent. Auf dem Gelände befand sich von 1933 bis 1945 das Hauptquartier der Geheimen Staatspolizei der Faschisten. Für den 8. Mai 2010 ist die Fertigstellung eines Dokumentationszentrums geplant.

### U-Bahnhof wird erneuert

Im U-Bahnhof Jannowitzbrücke (U 8 Wittennau – Herrmannstraße) begannen umfangreiche Sanierungsarbeiten. Kostenaufwand für die bis 2011 geplante komplette Restaurierung und Modernisierung der Station sechs Millionen Euro. Wechselseitig halten die U-Bahnen nicht auf diesem Bahnhof. Es erfolgen entsprechende Durchsagen. Wer hier von der U-Bahn in die S-Bahn umsteigen möchte, kann das zweckmäßig am besten im U-Bahnhof Alexanderplatz tun.

### »Berliner Zeitung« verkauft

Die »Berliner Zeitung«, der »Berliner Kurier« und weitere Titel sind samt Berliner Zeitungsverlag an das Kölner Zeitungshaus M. Du Mont Schauburg verkauft worden. In diesem Verlag erscheinen u. a. die »Frankfurter Rundschau« und der »Kölner Stadtanzeiger«. Für die Verkäufer, die auf ein hartes Spekulationsgeschäft ausgerichtete englische Mecom Group, blieben die traditionell auf journalistische Qualität bedachten Hauptstadtzeitungen auf Dauer unbequem. Ein Kapitalgewinn wollte nicht im Selbstlauf fließen, den Geldgebern fehlte es an Kompetenz. Der vorletzte Chefredakteur der »Berliner« ist heute Chefredakteur der »Frankfurter Rundschau«. Eine Zusammenarbeit beider Tageszeitungen gilt nicht als unwahrscheinlich.

### Neues Quartiermanagement-Gebiet in Mitte

Das mit europäischen Fördergeldern ausgestattete Quartierverfahren »Soziale Stadt« hat neue Quartiermanagement (QM)-Gebiete festgelegt. Im Bezirk Mitte wurde das QM-Gebiet Perleberger / Wilsnacker Str. (Moabit) ausgewählt. Anlass dafür war das letzte Monitoring »Soziale Stadtentwicklung«. Es zeigte einen zusätzlichen Handlungsbedarf in diesem Quartier. Das wird u.a. an der Veränderung des Anteils der Empfänger von Existenzsicherungsleistungen gemessen.

# Wer ist Wer?

Neue Modetrends im rechten Lager



**S**ind Sie rechts oder links? Mit dieser Frage eines pflichtbewussten Ordnungshüters begann für mich am Nikolausmorgen eine Reihe unangenehmer Überraschungen. Zunächst zweifelte ich etwas an der polizeilichen Kompetenz in Sachen politischer Symbolik, im Laufe des Tages sollte ich jedoch eines Besseren belehrt werden.

Mein BO-Vorsitzender und ich waren auf dem Weg zum Kulturhaus Karlshorst, um zusammen mit vielen GenossInnen, engagier-

ten Bürgern und verärgerten Anwohnern unserem Unmut über den dort angekündigten Aufmarsch der Neonazis Ausdruck zu verleihen. Nachdem wir die üblichen polizeilichen Hürden in Form von Fehlinformation und Platzverweis mit Hilfe eines einsichtigen Beamten gemeistert hatten, fanden wir ein schwer bewachtes Kulturzentrum vor. Hier sollte sich nach Angaben der Beamten vor Ort eine bedrohliche Anzahl von Menschen ungenehmigt versammelt haben. Was so bedrohlich an gemeinsam frühstückenden Bürgern ist, die einem spontan organisierten musikalischen Programm der ansässigen Künstler lauschten, vermochte uns auch die Leiterin des Kulturhauses nicht zu vermitteln. Sie berichtete stattdessen die Polizei, indem sie das kurzfristige Verbot aller Gegenveranstaltungen zum

Aufmarsch der Braunen kritisierte. Im Eifer des Gefechts waren die Polizisten über eine Absage der Veranstalter informiert worden. Die daraus resultierende hingebungsvolle polizeiliche Fürsorge für das Kulturhaus schien nicht nur die anwesende Bezirksbürgermeisterin Christina Emmerich sowie andere Politiker der Stadt etwas zu verärgern.

Hinter der Blechmauer aus Einsatzwagen war unsere Informationslage entsprechend dürftig. Allgemein wurde über etwa 100 bis 200 rechtsgerichtete Demonstranten spekuliert. Ein Blick aus dem 2. Stockwerk des Kulturhauses zeigte leider, dass ca. 600 Braune von der Polizei auf Abstand gehalten wurden. Als sich diese um 11 Uhr in Richtung Lichtenberg aufmachten und wir ihnen direkt gegenüber standen, war ich zum zweiten Mal an diesem Morgen überrascht. Ich hatte schon viel von der neuen Tarnung der Braunen gehört; diese in der praktischen Umsetzung zu erleben, bereitete mir doch große Sorgen. Glatzköpfige Stiefelfetischisten waren nur vereinzelt zu erblicken. Eine Art düsterer Skaterlook scheint gegenwärtig in der rechten Szene en vogue zu sein. Keine maskulinen Mädels mit Ponyfransen am Millimeterschnitt. Nein, lange Haare und figurbetonte Freizeitkleidung trägt die nationalbewusste Frau von heute. Selbst die Transparente der Braunen waren gepimpt und von fremdenfeindlichen Parolen gesäubert. Die Imageberater hatten hier ganze Arbeit geleistet. Rein äußerlich lässt sich zukünftig wohl nicht mehr bestimmen, wer links und wer rechts ist

**Christian Otto,**  
Mitglied der Jugend-BO peaceful streetfighters

## Bürgerplattform in der Analysephase

Inmitten der Aktiven trägt Suat Özkan entscheidend zum Erfolg bei

**S**uat Özkan ist so etwas wie ein Musterimmigrant. Der 38-jährige promovierte Jurist und Manager aus Wedding war seit der Oberschule politisch aktiv. Er hat während seiner Studienzzeit eine Talk-Show im Fernsehen konzipiert und moderiert und arbeitet heute als Vertreter eines internationalen Mischkonzerns. Als Deutscher aus einer halbwegs guten Familie hätte er es wohl noch weiter gebracht.

Neben seiner Managertätigkeit engagiert sich der sprachbegabte Weddinger als einer der Aktivsten bei der Bürgerplattform Wedding-Moabit. Er sitzt in den Arbeitsgruppen zu Bildung, Öffentlicher Raum und Jobcenter. Daneben wirkt er in dem vorstandsähnlichen Strategieteam und der Finanzgruppe mit. Seine Arbeit ermöglicht ihm freie Zeiteinteilung.

Er will der Weddinger Community etwas zurückgeben. »Wenn jeder auf seinem Platz das Beste tut, wird es in der Welt bald besser aussehen«, sagt er.

Inhaltlich befindet sich die Bürgerplattform nach seinen Worten in der Analysephase. Das geschehe vor allem in den Arbeitsteams. »Bis Mai, Juni wollen wir zur Realisierungsphase kommen«, erläutert er. Im Moment sehe sich die Bürgerplattform nach ihrer erfolgreichen Gründung im November von allen Seiten mit hohen Erwartungen konfrontiert. »Die dürfen wir nicht enttäuschen.« »Wir können aber auch nicht der neue Messias sein«, ergänzt er. Vieles sei beispielsweise auf Bundesebene geregelt: »Da reicht unser Arm nicht hin.« Auch sonst sei die Bürgerplattform kein Ersatz für Verbände oder Parteien, sondern eine Ergänzung.

Ziel der Bürgerplattform sei es, nicht nur zu lamentieren, sondern konstruktive Vorschläge durchzusetzen. »Wer dann die Lorbeeren erntet, ist mir ziemlich egal«, meint Özkan. Man werde wohl mit bescheidenen Vorhaben beginnen. In der Plattform hofft man, sich so schrittweise Reputation aufzubauen.

An der Bürgerplattform fasziniert den sportlichen Mann vor allem ihre Vielfalt. »Die Bürgerplattform ist eine moderne Arche Noah«, meint er. Will sagen: Von jeder Sorte der gemischten Wedding-Moabiter Bürgergesellschaft ist jemand an Bord. Auch die Dynamik der Plattform weiß er zu schätzen. Während er im Job schon öfter mal in seinem jungen Leben den Arbeitgeber wechselte, weil seine innovativen Vorschläge torpediert wurden, ist er bei der Bürgerplattform von Anfang an dabei: »Mittlerweile an die 1000 Tage.«

Für sein ungewöhnliches Engagement verpassen ihm seine Freunde oft Kosenamen zwischen Spott und Anerkennung. Zur Zeit ist er der »türkische Obama«, weil dieser auch einmal in einer Bürgerplattform angefangen hat.

**Thomas Kilian**

# Auf ein Neues

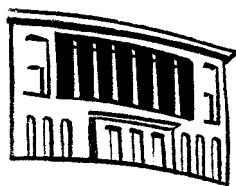
Es gibt viel zu tun im Jahr 2009

**D**as neue Jahr hat so begonnen, wie das alte Jahr endete - mit schlechten Nachrichten. Die Finanzkrise wird sich zur weltweiten Wirtschaftskrise ausweiten.

Die Bundesregierung hat inzwischen das Konjunkturprogramm II verabschiedet, das schwere Folgen der Krise für die Bundesrepublik verhindern soll. Man darf gespannt bleiben. Berlin erhält von dem Kuchen rund 470 Millionen Euro, die es in den Jahren 2009 und 2010 zu investieren gilt. Zusammen mit den Landesmitteln in Höhe von 160 Millionen Euro stehen uns nun 630 Millionen Euro zur Verfügung. Davon werden ca. 65 Prozent in Kindergärten, Schulen und Hochschulen und 35 Prozent in Krankenhäuser und Energie-sparmaßnahmen investiert.

Auf der ersten Plenarsitzung in diesem Jahr war das Konjunkturpaket jedoch nur ein Thema von vielen. Ich möchte hier mal einige Beispiele nennen. So gab es einen Antrag den Lärm von Kindern, den sie beim Spielen auf dem Schulhof oder im Garten der Kindertagesstätte machen, nicht dem Lärm von Maschinen, Industrieanla-

gen oder gar Autobahnen gleichzusetzen. Die Grünen warben dafür, die Vertragsver-



**Exklusiv  
aus dem Berliner  
Abgeordnetenhaus**

handlungen mit den Universitäten und Fachhochschulen zu nutzen, um die Hochschulverträge weiterzuentwickeln. Das ist ein schöner Hinweis. Um jedoch etwas zu bewirken, kommt er zu spät, denn die Verhandlungen laufen bereits. Und die Prioritätensetzung, die die Grünen dabei vorschlagen, hat Rot-Rot bereits erkannt und agiert entsprechend. Die bisherige Praxis, Gewinne und Verluste nicht erst im übernächsten Jahr zu vergüten, soll genauso geändert werden wie die Gewichtung zwischen Forschung und Lehre zugunsten der Lehre. Für eine Beschlussempfehlung gab ein vom Finanzsenator durchgeführter Kostenvergleich zwischen Kommunen in der Bundesrepublik und den Berliner Bezirken die Vorlage. So stellte sich heraus, dass in Berlin einzelne

Leistungen der Verwaltung zwar teurer sind, aber auch um einiges leistungsfähiger.

Aber zurück zu den bevorstehenden Herausforderungen in diesem Jahr. Das Jahr 2009 wäre nämlich auch ohne Krise spannend. So steht in Berlin der nächste Volksentscheid ins Haus - ProReli. Ich hoffe sehr, dass wir das neue Unterrichtsfach Ethik, in dem alle miteinander etwas über die Religionen der Welt und die Werte des Grundgesetzes erfahren, behalten dürfen und nicht - wie von ProReli gewünscht - künftig getrennt voneinander jeder nur seine Religion kennen lernt.

Außerdem werden uns allein fünf Landtagswahlen, die Wahl zum Europaparlament und die Bundestagswahl beschäftigen. Die Wahl in Hessen hat schon stattgefunden und wir sind wieder mit 5,4 Prozent der Stimmen in den Landtag eingezogen. Es wäre schön, wenn richtiggrote Politik sich weiterhin durchsetzt.



**Carola Bluhm**

ist Vorsitzende der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus und direkt gewählt im Wahlkreis 2.

## »Fabrik-Aktion« 1943

Frauenprotest Rosenstraße Gedenkveranstaltung am 27. Februar

**Z**wischen dem 27. und 28. Februar 1943 wurden in nur wenigen Stunden die letzten der meist bereits zu Zwangsarbeit in Berlin und im gesamten »Reich« verpflichteten Jüdinnen und Juden aus den Fabriken geholt, sie wurden aus Wohnungen einbestellt und von den Straßen verschleppt. Das Jüdische Altersheim der Großen Hamburger Straße in Berlins Mitte war zu einer Sammelstelle umfunktioniert worden. Von hier aus wurden Tausende Menschen in die Konzentrationslager deportiert.

Zur jüdischen Bevölkerung zählten damals vermutlich noch rund 36 000 Menschen, von denen etwa 17 000 zur Sklavenarbeit verpflichtet waren. Das Ziel der Nazis war es, Berlin »judenrein« zu machen, aber etwa 4 000 Jüdinnen und Juden sollen der Aktion durch Flucht entkommen sein. Sie versteckten sich, sie wurden versteckt, manche schlossen sich dem Widerstand an, andere wurden später gefasst, inhaftiert, deportiert und ermordet.

Unmittelbar nach dem Beginn dieser »Fabrik-Aktion« versammelten sich nichtjüdische Ehefrauen in der benachbarten Rosenstraße vor dem Verwaltungsgebäude der Jüdischen Gemeinde, das zu einem Nazi-Gefängnis um-

funktioniert war und forderten tagelang das Ende der Inhaftierung ihrer Männer und Söhne. Das NS-Regime gab dem Druck unerwartet aus außen- und innenpolitischen Gründen nach. Ein Teil der Männer wurde freigelassen. Der Kampf dieser mutigen Frauen bleibt unvergessen.

**Freitag, den 27. Februar, 11 Uhr  
Gedenkstein  
Große Hamburger Straße**

Kaddisch und El Male Rachamim  
Anschließend gemeinsamer Gang  
in die Rosenstraße  
(Skulpturengruppe der Bildhauerin und  
Antifaschistin Ingeborg Hunzinger)  
Ansprachen.

Kaddisch und El Male Rachamim

Wir verstehen diese Veranstaltung auch  
als Protest gegen jeglichen Rassismus  
und Rechtsextremismus.

**Jüdische Gemeinde zu Berlin  
Jüdischer Kulturverein Berlin e.V.  
Israelitische Synagogen-Gemeinde  
Adass Jisroel KdÖR zu Berlin  
Bezirksamt Mitte von Berlin**

### Politische Bildung

Europa - nicht ohne uns!

Demokratische Rechte sind Menschenrechte. Reihe »Baustelle Europa«  
Sylvia-Yvonne Kaufmann, Mitglied des EP;  
Jaroslav Šonka, Journalist, Studienleiter an  
der Europäischen Akademie Berlin; Moritz  
Janke, Junge Europäische Bewegung Berlin-  
Brandenburg e.V.; Bärbel Romanowski, Mo-  
deration

**10.02. 19 Uhr; Europahaus, Unter den  
Linden 78, 10117 Berlin**

Festival Musik und Politik

Als eine Art Nachfolger des Festivals des  
politischen Liedes der 70er und 80er Jahre  
will es Konzert und Diskussion, historische  
Recherche und aktuelle Bestandsaufnah-  
me, Folk- und Rockmusik, »alte Barden« und  
junge Künstler zusammenbringen

**19.02. bis 22.02., Wabe, ZwiET, Babylon**  
Näheres zum Programm unter [www.musikundpolitik.de](http://www.musikundpolitik.de)

»Das Kapital« lesen - Neuer  
Kursstart

Erster Band (MEW 23) Der Kurs findet im-  
mer mittwochs, 19:30 statt.

Anne Steckner und Audrey Podann

**04.03. 19:30 Uhr, Rosa-Luxemburg-  
Stiftung, Seminarraum 2, 1. OG, Franz-  
Mehring-Platz 1, 10243 Berlin**

# Das ist das Letzte

Der kaisertreue Herr von Boddien, der Erfinder der Schlossattrappe, hat seit dem Abriss des Volkspalastes überlegt, wie man künftig das Volk vom Kaiserpalast fernhalten könnte. Das bisherige Nutzungskonzept kommt ihm schon weit entgegen. Da sollen vor allem die Andacht an die Majestäten, an die Wissenschaft und Kultur gepflegt werden. Welche Ironie, wo doch der letzte geistlose Kaiser auf die Creme des Geistes in Deutschland gepiffen hat! Aber Majestäten sind eben Majestäten. Und so spannte Wilhelm von Boddien den ADAC vor seine Kutsche und schlug vor, für 300 Millionen Euro einen Tunnel von der Siegessäule bis zum Alex zu bauen. So könnten dann alle Fahrzeuge und Insassen nur angeschnallt und in geduckter Haltung den Schlossplatz passieren. Was den Kaiser ungemein erfreut hätte, denn er hasste den Anblick des Pöbels, inklusive der Parlamentarier.

Ringsum soll ohnehin – nach einem Traum des Ex-Bausenators Strieder – das alte Straßenbild der Residenzstadt wiedererstehen. Damals, ohne sechsspurigen Autoverkehr, nach dem Wendekreis einer Hofkutsche ausgelegt. Aber so wird es dann richtig gemütlich. Ungemütlich nur für den Verkehr. Der brachte zwar in den letzten acht Jahren an Steuern, Parkgebühren und Bußgeldern fast drei Milliarden Euro in die Stadtkasse. Aber davon blieben nur 300 Millionen für die Instandhaltung der Straßen. Was vermutlich die gleiche Summe an Behandlungskosten für Bandscheiben und noch mal 300 Millionen für Ausfallzeiten durch Stau und Verspätungen nach sich zog. Statt dieser 900 Millionen wären die 300 Millionen für den Tunnel doch ein wahrhaft kaiserliches Geschenk an die Stadt!

Der Senat sollte zwei der unvergessenen Leuchten aus dem Palast der Republik als Naturalprämie an den Schlosswächter Wilhelm von Boddien und den ADAC-Landeschef Walter Müller überreichen!

Arthur Paul

## Impressum

**Bezirksvorstand Berlin-Mitte** der Partei DIE LINKE

**Geschäftsstelle:** Kleine Alexanderstr. 28,  
10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204,  
Fax: 24 009 337,  
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de

**Internet:** www.die-linke-berlin-mitte.de

**V.i.S.d.P.:** Thilo Urchs

**Satz:** sternberg media

**Druck:** Druckerei Bunter Hund

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallellität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung –innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.

**Redaktionsschluss:** 23.01.2009

**Ausgabetermin für Nr. 3/09 – 05.03.2009**

mittendrin · 2/2009



Ein lautes »Nein« zum geplanten Comeback der Atomkraft – mit Aktionen im Bezirk Mitte soll ein Signal gegen die gefährliche Energiepolitik erfolgen.

## Planwerk Innenstadt Berlin 2.0

Zehn Jahre nach dem Senatsbeschluss über das Planwerk Innenstadt Berlin 1999 ist es Zeit, nicht nur Bilanz zu ziehen. Auf dem Kolloquium soll das Planwerk angesichts neuer Herausforderungen begutachtet und auf seine Stärken wie Schwächen abgeklöpft werden. Seit dem Senatsbeschluss über das Planwerk haben sich die ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Rahmenbedingungen erheblich verändert. Das wirft Grundsatzfragen auf: Wie muss man auf die aktuellen Herausforderungen antworten? Ist die Planwerkulisse noch zeitgemäß? Was sind wichtige, strategische Orte der Stadtentwicklung heute und morgen? Wie sind Prinzipien, Regeln und städtebauliche Planungen zu modifizieren? Was sagen uns internationale Erfahrungen? Es geht um nicht weniger als eine erneuerte strategische Orientierung des Städtebaus für die gesamte Berliner Innenstadt: Planwerk Innenstadt Berlin 2.0.

**13. Februar, 10 bis 18 Uhr,**  
Neues Stadthaus, BVV-Saal, Parochialstraße 3 (U-Bahnhof Klosterstraße)  
Mit **Thomas Flierl, Ingeborg Junge-Reiher, Franziska Eichstädt-Bohling, Katrin Lompscher** u.a.

## Gesprächskreis in Mitte

**DIE LINKE – das Öffentliche und das Ringen um den Erhalt Öffentlicher Güter, gegen deren Privatisierung**

mit Prof. Rainer Rilling, RLS

Schwerpunkte für die Vorbereitung:

1. Was charakterisiert die neue Qualität des Öffentlichen und wie sollte sich die Linke dazu verhalten?
2. Was sind öffentliche Güter und warum ist das Ringen gegen deren Privatisierung eine der wesentlichen Aufgaben der Linken?

**Donnerstag, 12. Januar, 19 Uhr**  
im Karl-Liebknecht-Haus, Saal 1

Literatur : liegt in der Geschäftsstelle des BV Mitte im KL- Haus aus

## Wir gratulieren im Februar

zum Geburtstag!

- Zum 95.** Dietrich Baumann  
**zum 92.** Gudrun Markus  
**zum 87.** Ruth Schade  
**zum 86.** Charlotte Isenheim  
**zum 85.** Rosemarie Bender, Heinz Meschter, Georg Pfeuffer, Hanna Podymachina, Martha Reh  
**zum 84.** Brigitta Busch, Thea Kimmel  
**zum 83.** Erika Möser, Krista Vogt  
**zum 82.** Rosemarie Beldar, Eva Gumpel, Liane Isberner, Horst Tinz  
**zum 81.** Anneliese Lindner  
**zum 80.** Hans-Joachim Buchwald, Edith Kehr, Eberhard Röhner, Edith Wagner  
**zum 75.** Werner Vogel, Annemarie Wenzel